

Studierendenschaft im Wandel¹

von Alexander Lang

EINLEITUNG	2
ENTWICKLUNG DER STUDIERENDENZAHLEN 1950–2016	3
POLITISCHE HOCHSCHULGRUPPEN UND HOCHSCHULWAHLEN 1970–2016	4
ZEITUNGEN DER STUDIERENDENSCHAFT AB 1952	7
DIE 1950ER BIS 1960ER: POLITISIERUNG (AUCH) AM NATIONALSOZIALISMUS	9
DIE 1960ER: EINMAL DRITTELPARITÄT UND ZURÜCK	10
DIE 1970ER: ENTPOLITISIERUNG UND ALLGEMEINPOLITIK	15
DIE 1980ER: VON DER HOCHSCHULUTOPIE ZUR POLITIK DER KLEINEN SCHRITTE	17
DIE 1990ER UND 2000ER: VOM SOZIALEN FORTSCHRITT ZUM ABWEHRKAMPF	20
STUDIERENDE UND GESELLSCHAFT	25
STUDIERENDENSCHAFT HEUTE	27
ANHANG 1: STUDIERENDENZAHLEN TH/TU DARMSTADT	28

¹ Dieser Artikel erschien in gekürzter Form auch in Christof Dipper et al. (Hgg.): Epochenschwelle in der Wissenschaft. Beiträge zu 140 Jahren TH/TU Darmstadt (1877–2017), Darmstadt 2017.

Einleitung

In der Geschichtsschreibung der TH/TU Darmstadt erscheint die größte Gruppe der Hochschulmitglieder, die Studierenden², vornehmlich als Objekt von Lehre – und sie wird zur Beschreibung der an der TH/TU praktizierten kulturellen Vielfalt bemüht. Erst um die Jahrtausendwende entstanden Ansätze einer studentischen Geschichte an der TH/TU, die sie ausgehend von der 68er-Bewegung als geschichtlich wirksame Akteurinnen und Akteure versteht.³ Entsprechend gilt es, der *Geschichte bedeutsamer Männer* in Gestalt von Professoren und Rektoren eine Geschichte der Studierenden als handelnde Subjekte in politischen Kämpfen um die Machtverhältnisse an der TH/TU und in der Bundesrepublik entgegenzusetzen.

Dabei spielten und spielen die Studierenden im Konzept der Hochschule seit ihrer Gründung eine zentrale Rolle. So kommt den Hochschulen nicht nur eine gesellschaftliche (Aus-)Bildungsfunktion – die Lehre – zu, Studierende sind und werden zu Forschenden: als studentische Hilfskräfte, zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Professorinnen und Professoren.

Studierende wirken als einzige Statusgruppe auf zwei Ebenen in die Hochschule. In der politischen Verwaltung der Hochschule, der sogenannten *akademischen Selbstverwaltung*, vertreten Studierende auf zentraler Ebene der Hochschule in Senat, Senatsausschüssen sowie der Universitätsversammlung (UV) ihre spezifischen Interessen gegenüber denen der anderen Statusgruppen. Auf Fachbereichsebene sind in den Fachbereichsräten (FBR) und Direktorien der Institute ebenfalls Studierende vertreten. Mit Ausnahme der Kommission zur Vergabe der Studiengebühren-Ersatzmittel und Ausschüssen, die sich speziell mit der Lehre beschäftigen, stellen die Studierenden lediglich eine Minderheit der Vertreterinnen und Vertreter, während die Professorinnen und Professoren die absolute Mehrheit einnehmen. Im Rahmen der *studentischen Selbstverwaltung* organisieren sich die Studierenden autonom auf Fachbereichsebene über aktive studentische Gruppen, die Fachschaftsräte (FSR), sowie auf zentraler Ebene über eine parlamentarische Interessensvertretung, dem Studierendenparlament (StuPa) sowie über dessen ‚Regierung‘, den Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA).

² Der Begriff „Studierendenschaft“ befindet sich erst seit etwa 1990 im studentischen Sprachgebrauch. Da der zuvor verwendete Begriff „Studentenschaft“ weibliche Studierende ausschließt – was inhaltlich nicht den Tatsachen entspricht, da diese auch zu dieser Zeit Akteurinnen waren –, wird hier der heute übliche Begriff „Studierendenschaft“ verwendet.

³ Technische Universität Darmstadt (Hg.): Technische Bildung in Darmstadt. Die Entwicklung der Technischen Hochschule 1836-1996, Bd. 5: Vom Wiederaufbau zur Massenuniversität, Darmstadt 2000, S. 42–49.

Entwicklung der Studierendenzahlen 1950–2016

Seit den 1950er-Jahren hat die Studierendenschaft der TH/TU Darmstadt sowohl quantitativ als auch qualitativ einen radikalen Wandel durchgemacht. Die auch von den Studierenden eingeforderte und vorangetriebene *soziale Öffnung* der Hochschulen lässt sich am deutlichsten an den wachsenden Studierendenzahlen ablesen. Von 1969 bis 2016 hat sich die Zahl der an der TH/TU Darmstadt eingeschriebenen Studierenden auf 27.000 vervierfacht. Doch auch in Bezug auf den Anteil weiblicher und internationaler Studierender hat seit den 1960er-Jahren beziehungsweise 1990er-Jahren bis 2003 ein Wachstum stattgefunden. Inzwischen sind knapp 30 Prozent (1962: 2,6 Prozent) der Studierenden Frauen und knapp 20 Prozent (1990: 8,4 Prozent) internationale.⁴

Diese *Wachstumstendenz* der Studierendenschaft ist aber nicht ohne Brüche. Während von 1948 bis 1992 ein kontinuierliches Wachstum stattfand, wurde es in den darauffolgenden Jahrzehnten zweimal unterbrochen. Ab 1992 sank die Zahl der Studierenden innerhalb von fünf Jahren um ein Achtel, zwischen 2003 und 2006 gar um ein Viertel.⁵ Diese Entwicklung deckt sich mit der der Studierendenzahlen in Hessen⁶ und grob mit der Deutschlands.⁷ Entsprechend sind gesellschaftliche Tendenzen, die an der TU wie an anderen Hochschulen umgesetzt werden, für die Entwicklung der Studierenden ausschlaggebend. So spielte 2003–2007 beispielsweise die breite gesellschaftliche Diskussion um Studiengebühren eine zentrale Rolle.

Angesichts der vielen technischen Fächer, die aufgrund der nach wie vor geschlechtsspezifischen gesellschaftlichen Arbeitsteilung vor allem Männer studieren, haben Technische Hochschulen eine geringere *Frauenquote* als der Hochschuldurchschnitt. An der TH/TU zeigt sich aber auch eine tendenzielle Angleichung – zumindest zwischen 1962 und 2003 ist der Frauenanteil drastisch gestiegen, von 2,6 Prozent auf 30,8 Prozent. Zuvor und seitdem blieb er relativ unverändert. Im Vergleich zu anderen Hochschulen in Hessen hat sich die Quote ebenfalls deutlich erhöht. So war der Frauenanteil an anderen Hochschulen 1968 knapp viermal so hoch wie an der TH/TU (29,5 Prozent zu 8 Prozent), bis 2003 ist der Faktor

⁴ Anhang 1: Studierendenzahlen TH/TU Darmstadt und eigenen Berechnungen; TU Darmstadt: Studierendenstatistik, Wintersemester 2016/17, https://www.intern.tu-darmstadt.de/media/dezernat_ii/studstatistik/studierendenstatistik_20162_wise_16_17.pdf [09.01.2017], S. 4.

⁵ Anhang 1: Studierendenzahlen TH/TU Darmstadt und eigenen Berechnungen.

⁶ Hessisches Statistisches Landesamt: Tabelle Studierende an hessischen Hochschulen in den Wintersemestern 1972/73 bis 2016/17, <https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/1-StudierendeZeitreihe.xlsx> [09.01.2017] und eigene Berechnungen.

⁷ Statistisches Bundesamt: Studierende, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bildung/lrbil01.html> [09.01.2017] und eigene Berechnungen.

auf 1,5 gesunken (46,4 Prozent zu 30,8 Prozent).⁸

Der Zahl *internationaler Studierender* (Studierende ohne deutschen Pass) ist insgesamt relativ kontinuierlich von 56 (1949) auf 4931 (2016) gestiegen. Da diese Entwicklung von den Brüchen im Wachstum der Studierendenzahlen innerhalb Deutschlands abgekoppelt ist, zeigen sich beim Anteil internationaler Studierender an der TH/TU massive Schwankungen. Ausgehend von 2,7 Prozent im Jahr 1949 ist der Anteil bis 1959 auf 14,2 Prozent gestiegen. Von Mitte der 1960er-Jahre bis in die 1990er-Jahre blieb er relativ konstant bei 8–9 Prozent, um bis 2005 wieder auf 22,2 Prozent anzusteigen. 2016 liegt er bei 18,2 Prozent.⁹ Im Vergleich mit den übrigen Hessischen Hochschulen war der Anteil internationaler Studierender an der TH/TU durchgehend überdurchschnittlich mit den Höhepunkten 1975 (5,9 Prozent zu 9,4 Prozent – Faktor 1,6) und 2005/06 (14,7 Prozent zu 22,2 Prozent – Faktor 1,5). Dazwischen bewegte sich der Faktor um 1,2; 2014 betrug er 1,3.¹⁰

Insgesamt hat damit an der TH/TU ein massives Wachstum der Studierendenzahlen stattgefunden. Das Geschlechterverhältnis unter den Studierenden egalisierte sich tendenziell, wobei die unterschiedliche soziale Stellung von Frauen und Männern nach wie vor deutlichen Ausdruck in den Studierendenzahlen findet. Mit dem Wachstum der TH/TU hat sich auch die Anzahl internationaler Studierender kontinuierlich erhöht.

Politische Hochschulgruppen und Hochschulwahlen 1970–2016¹¹

1970 bestanden die Wahlen zum Studentenparlament in einer Wahl von Einzelpersonen in den jeweiligen Fachbereichen. Zwar engagierten sich Kandidatinnen und Kandidaten in Hochschulgruppen, sie waren aber nicht direkt wählbar. Sechs Jahre später waren die Wahlen zentralisiert, die Studierenden vergaben ihre Stimme an politische Hochschulgruppen in Form von Listen, die für die Wahlen zum Studentenparlament kandidieren. 2003 war das Studentenparlament von 39 auf 31 Sitze geschrumpft, 2010 wurde es in Studierendenparlament umbenannt.

Die Wahlbeteiligung betrug in den 1960er-Jahren um die 50 Prozent, Mitte der 1970er- und 1980er-Jahre hielt sie sich relativ konstant bei einem Drittel. Die 1990er- und 2000er-Jahre markierten einen kontinuierlichen Fall von 31,6 Prozent 1989 auf 9,6 Prozent 2004. Trotz

⁸ Hessisches Statistisches Landesamt: Tabelle Studierende an hessischen Hochschulen und eigene Berechnungen; Anhang 1: Studierendenzahlen TH/TU Darmstadt und eigenen Berechnungen.

⁹ TU Darmstadt: Studierendenstatistik, Wintersemester 2016/17, S. 4 und eigene Berechnungen.

¹⁰ Hessisches Statistisches Landesamt: Tabelle Studierende an hessischen Hochschulen und eigene Berechnungen; Anhang 1: Studierendenzahlen TH/TU Darmstadt und eigenen Berechnungen.

¹¹ Datengrundlage sind die Wahlergebnisse in den Hochschulwahlen zum Studenten-/Studierendenparlament und eigene Berechnungen. Die Wahlergebnisse sind unter <http://astarchiv.ulb.tu-darmstadt.de/view/folders/w.html> veröffentlicht.

wachsender Studierendenzahlen ging die absolute Zahl der Stimmen deutlich zurück. Die Hochschulwahlen 2005 verursachten angesichts drohender Studiengebühren eine neuerliche Politisierung vieler Studierender, doch handelte es sich nur um eine vorübergehende Zäsur: 42,5 Prozent der Studierenden beteiligten sich an der Wahl. 2006 bis 2009 bestand eine 25 Prozent-Klausel im Hessischen Hochschulgesetz, die den ASten einen größeren Teil ihrer Gelder vorenthalten sollte, sofern die Wahlbeteiligung die 25 Prozent-Marke nicht erreichte. Dieser Angriff auf die verfasste Studierendenschaft sorgte für intensive Wahlkampagnen seitens des AStA, der mit der Drohung, das Semesterticket müsse wegfallen, bis 2009 etwa 30 Prozent der Studierenden mobilisieren konnte. Zwischen 2010 und 2016 sank die Wahlbeteiligung erneut kontinuierlich von 23 auf zuletzt 15 Prozent.

Die 35 Gruppen, die sich seit 1976 zur Wahl gestellt haben, lassen sich in fünf ideologische Richtungen, drei spezifische Vertretungsstrukturen und Sonstige gliedern: Jusos¹², RCDS¹³, sozialistische und kommunistische Listen, Grüne und Liberale einerseits sowie Fachbereichs- und Basislisten, Internationale Listen und Unabhängige andererseits. Die traditionsreichste Hochschulgruppe ist die der *Jusos*. Seit 1976 sind sie zu jeder Wahl angetreten. Der *RCDS* kann auf eine ähnlich lange Tradition zurückblicken, hat 2013 und seit 2015 aber nicht mehr kandidiert. Zusammenhängen dürfte das mit einem massiven Verlust an Rückhalt unter den Studierenden, den jedoch beide Listen verzeichnet haben. Die Jusos stürzten von 14 Sitzen 1976 auf drei Sitze 2016 und damit auf ein Drittel des früheren Stimmenanteils ab, aber den RCDS traf es existenziell: 1976 mit 16 Sitzen vertreten, brachte es die Hochschulgruppe 2014 auf zwei Sitze – bei Verlust eines Stimmenanteils von fünf Sechsteln. Während aber die Jusos immer wieder im AStA vertreten waren, verblieb der RCDS dauerhaft in der Opposition. Mit Ausnahme der 1980er-Jahre waren *Basisgruppen*, die aus Fachbereichsvertretungen hervorzugehen pflegen, immer gut vertreten: Durchschnittlich nahmen sie etwa 13 Sitze ein und sind seit den 1990er-Jahren in Form der Gruppe ‚Fachwerk‘ durchgängig im AStA repräsentiert. Die Basisgruppen (1976–80) und masch+/ing+ (2012–15) stellten dagegen die Opposition. *Kommunistische und sozialistische Gruppen* verloren in den 1970er- und 1980er-Jahren massiv an Zustimmung. Gab es 1976 noch vier Listen dieser Orientierung, die jeweils ein bis drei Sitzen gewannen, traten sie aufgrund abnehmender Stimmenzahl und dem damit einhergehenden Verlust der Plätze nach und nach nicht mehr an. Der SHB¹⁴ und der Kommunistische Hochschulbund gaben Ende der 1970er-Jahre auf, während der MSB

¹² Die Juso-Hochschulgruppen sind formal gesehen eine Untergliederung der SPD, doch ist die Parteimitgliedschaft nicht zwingend.

¹³ Ring Christlich Demokratischen Studenten, Hochschulpendant der CDU.

¹⁴ Sozialistischer Hochschulbund, eine links-, zumeist marxistisch orientierte Gruppe.

Spartakus¹⁵ und die Sozialistische Hochschulinitiative bis Ende der 1980er-Jahre durchhielten. 2014 trat die Linke Liste-SDS an, eine mit der Partei „Die Linke“ verbundene Gruppe. 2016 konnte sie drei Plätze erlangen. Auch diese Gruppen haben im AStA mitgearbeitet und unterstützen ihn noch heute. Bis 1983 existierten zwei *internationale Listen*, der ‚Ausländerausschuss‘ und die ‚Ausländer-Liste‘, die nacheinander antraten und meistens einen Sitz erlangten. 1984 bis 1990 gab es eine Grüne Sammelliste, GAFFA¹⁶, bei der die internationalen Studierenden integriert wurden, bis sie sich 1991 in Fachwerk und die Internationale Liste teilte. Letztere trat bis 2003 an und gewann bis zu drei Sitze. In der Regel waren internationale Listen zumindest im Referat für ausländische beziehungsweise internationale Studierende im AStA beteiligt. ‚*Unabhängig*‘ können Studierende und Listen in zweierlei Hinsicht sein. Erstens parteipolitisch: Beispielsweise traten mit Jusos und RCDS oftmals auch Unabhängige an, weshalb die Listen oft „und Unabhängige“ in ihren Namen integrierten. Zweitens eine scheinbare ideologische Unabhängigkeit, die sich selbst als vernunftgeleitet begreift und dabei aber letztlich nur das Bestehende reproduziert. Die Unabhängigen Darmstädter Studenten (UDS) waren aber keines von beiden – bei ihnen handelte es sich um eine Tarnliste der Verbindungen in Darmstadt. 1978 bis 2004 angetreten, konnten sie auf ihrem Höhepunkt 1980 zehn Sitze erzielen, während sie ab 2001 mit null bis einem Sitz und einer absoluten Stimmenzahl im zweistelligen Bereich ihre Bedeutung als Oppositionspartei verloren. Mit dem Aufkommen der Ökologie als zentralem gesellschaftlichem Thema in den 1980er-Jahren wurden drei *grüne* Listen gegründet: Die Grün-Alternative Liste (GAL) 1982 (bis 1986), 1984 folgte die GAFFA (bis 1990) und die Ökologisch-Demokratischen Studenten ab 1989 (ebenfalls bis 1990). Seit 2005 gibt es Campusgrüne, die von vier auf zwölf Sitze (2016) ihren Stimmenanteil beträchtlich steigerten. Die Listen beteiligten sich in der Regel am AStA. *Liberale* gab es seit 1983. Die Liberalen Studenten Darmstadt (LSD) konnten 1990 acht Sitze erzielen, gewannen durchschnittlich aber nur vier bis fünf, bis sie nach 2005 (zwei Sitze) nicht mehr antraten. 2010-2013 kandidierte die Liberale Hochschulgruppe (LHG), die aber nur zwei bis drei Sitze erlangte. Liberale Hochschulgruppen waren dauerhaft in der Opposition. 13 ‚*sonstige* Listen‘ sorgten für Abwechslung in der Hochschulpolitik. Handelte es sich teilweise um Tarnlisten politischer Hochschulgruppen (wie GfS – Gerechtigkeit für Studenten für die Jusos) und Spaßlisten (wie Fachkraft als Alternative zu Fachwerk) –, hielten sie sich nicht lange, in der Regel nur ein bis

¹⁵ Der Marxistische Studentenbund Spartakus bestand bis 1990 und war der Studierendenverband der DKP.

¹⁶ Grüne, Alternative, FachschaftlerInnen, Frauen, AusländerInnen.

zwei Jahre bei maximal einem Sitz. Eine Ausnahme war die Liste Odenwald mit Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Odenwald, die von 1999 bis 2006 kandidierte.

Zeitungen der Studierendenschaft ab 1952

Seit 1952 hat die Studierendenschaft der TU/TH Darmstadt beziehungsweise dessen ausführendes Organ, der AStA, acht Zeitungen herausgegeben, die die empirische Grundlage für die im Folgenden beschriebene politische Entwicklung der Studierendenschaft darstellen. Die erste Zeitung, die *darmstädter studentenzeitung (dds)*, erschien von 1952–74. In 140 Ausgaben, fünf bis acht pro Jahr, setzte sich eine vom AStA unabhängige Redaktion mit den Problemen der Studierenden auseinander. In einer Zeit, als nur 3.000 Studierende eingeschrieben waren, startete die *dds* mit einem Grußwort des Rektors – ein in der Geschichte der Studierendenzeitungen einmaliger Vorgang.¹⁷ Zunächst anbiedernd, wurde die *dds* in den 1960er-Jahren zu einem Medium von Gesellschaftskritik. Die *dds* wurde bis 1967 verkauft, der Preis steigerte sich von 0,10 DM auf 0,90 DM.¹⁸ Finanzielle Schwierigkeiten und die zuletzt wegen stark allgemeinpolitischer Ausrichtung gesunkene Leserschaft bereiteten der *dds* schließlich das Ende. Die *dds* sollte die einzige Zeitung bleiben, die mehr als zwei AStA-Generationen lang existierte. Ihre Nachfolge trat die *was uns betrifft (WUB)* an – womit sich die Kritik an der *dds* bereits im Titel wiederfindet. Herausgegeben vom AStA, erschien sie 1975–80 zwischen drei und acht Mal pro Jahr. Setzte sie zunächst an den politischen Belangen der Studierenden an, ereilte sie letztlich das gleiche Schicksal wie die *dds*. Ähnlich lief es bei ihrem Nachfolger, dem *Schlaglicht*, das 1980–84 zweiwöchig erschien. Seine explizit politische Ausrichtung hielt die Redaktion bereits im Impressum fest: „Prinzipiell halten wir eine Trennung zwischen Hochschul- und allgemein politischem Mandat für falsch, ja sogar für gefährlich.“¹⁹ Mit dem *Schlaglicht* gab es erstmals dauerhaft arbeitende Redakteurinnen. Zuvor fast undenkbar, waren weibliche Redakteurinnen auch danach eher eine Ausnahme – und sind es bis heute: Die AStA-Zeitung war und ist ein männliches Produkt. Die sich daran anschließende *AStA-Zeitung* erschien 1985–88 und trat erstmals explizit als Zeitung des AStA, also als dessen Publikationsorgan, in Erscheinung. Artikel stammten von AStA-Referentinnen und Referenten. Zuvor war stets von einer „Zeitung der Studentenschaft“ die Rede, obwohl seit der *WUB* der AStA die Redaktion organisierte. Die Auflage schwankte zwischen 1.250 und

¹⁷ AStA-Archiv Darmstadt [301], die darmstädter studentenzeitung 001, 10.1952, S. 1. Online abrufbar unter <http://astarchiv.ulb.tu-darmstadt.de/301> - wie alle numerisch gekennzeichneten Quellen aus dem AStA-Archiv Darmstadt.

¹⁸ Der Preis von 0,90 DM bezieht sich auf die letzte Ausgabe 138/139/140, eine dreifach-Ausgabe mit 136 Seiten.

¹⁹ AStA-Archiv Darmstadt [1072], *Schlaglicht* 00, 11.1980, S. 3.

1.500 Exemplaren bei zweiwöchentlicher Veröffentlichung. Erneut bestand das Konzept aus einer Mischung aus Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik. 1990–95 löste der *Hochdruck* die *AStA-Zeitung* ab – der Titel sei einfallslos und im Übrigen sei es eine Zeitung für die Studierenden, nicht für den AStA, so die Begründung für den Wechsel.²⁰ Am Grundkonzept änderte sich wenig, lediglich Leserbriefe sollten jetzt regelmäßig aufgenommen werden. Die Organisation blieb beim Info-Referat des AStAs. Die zweiwöchig erscheinende Zeitung hatte einen geringen Umfang von acht Seiten und eine Auflage von 1.500 bis 2.500 Exemplaren. Nach zwei Jahren Pause erschien mit den Protesten 1998 eine neues „Zentralorgan des AStA“²¹: *zoon politikon*. Zunächst erschien diese Zeitung acht Mal pro Jahr (Auflage: 2.500–3.000), ab Wintersemester 1999/2000 allerdings nur noch semesterweise (Auflage: 5.000). Auch hier stand das Verhältnis von Studierenden und Gesellschaft im Vordergrund, hochschulpolitischer Mittelpunkt bildete eine Kritik der unternehmerischen Hochschule. Mit dem *inhaltsverzeichnis* vollzog der AStA 2003–08 die postmoderne Wende zur Ironie. Die Vermittlung von Kritik und Satire sollten eine Gesellschaftskritik einem größeren Teil der Studierendenschaft zugänglich machen – wobei die Auflage bei 2.000 bis 3.000 Exemplaren verharrte. Erstmals wurde ein klassisches Zeitungsformat statt dem A4-Broschürenformat erprobt, wobei das Experiment nach sechs Ausgaben beendet wurde. Das *inhaltsverzeichnis* erschien zwei bis drei Mal pro Jahr. Ab 2011 und bis heute veröffentlicht der AStA jedes Semester das *lesezeichen*. Zunächst als Produkt des Bildungsstreiks 2009 stark mit den hochschulpolitischen Unternehmungen des AStA verknüpft, hat es sich zu einer Zeitschrift entwickelt, die zur Reflexion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und das darin verstrickte Studierendendasein anregt.²² Der häufige Namenswechsel und scheinbar stetige Neuanfang einer Zeitung, die sich konstant mit den aktuellen gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Problemen beschäftigt, weist darauf hin, dass die von einer AStA-Generation initiierte Perspektive nur einen zeitlich begrenzten Bestand hat und das politische Interesse der Studierenden eher rückläufig ist. So spiegelt sich auch das Wachstum von 17.000 Studierenden 1990 zu 27.000 Studierenden 2016 nicht in der Auflagenstärke wieder.

²⁰ AStA-Archiv Darmstadt [noch ohne Nummer (o.N.)], Hochdruck 1.01, 05.1990.

²¹ Selbstbezeichnung des *zoon politikons*.

²² Aufgrund der aktiven Mitarbeit des Autors am *lesezeichen* wird es im historischen Teil ausgespart.

Die 1950er bis 1960er: Politisierung (auch) am Nationalsozialismus

Innerhalb der Studentenschaft der TH Darmstadt fand eine breite *Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus* erst relativ spät in den 1960er-Jahren statt. Zu Beginn der 1950er-Jahre studierten junge Erwachsene, die im Nationalsozialismus aufgewachsen oder aus dem Krieg heimkehrten waren. Entsprechend war zu dieser Zeit Verdrängung erstes Gebot. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist der Umgang mit der Wahl Professor Klöppels zum Rektor 1953. Dieser war bereits 1944–45 Rektor der TH. Die *darmstädter studentenzeitung (dds)* würdigte seine Wahl folgendermaßen:

Wir beglückwünschen Herrn Prof. Klöppel und hoffen, daß ihm eine glücklichere Zeit beschieden sein möge, als die, die er während der schweren Amtsperiode im Kriege erleben mußte.²³

Ab 1955 tauchten erstmals die Begriffe „Nationalsozialismus“²⁴ und „Nazis“²⁵ auf. Diese dienten dabei primär als Negativfolie zur neu errichteten Demokratie und zielten erneut eher auf Abwehr denn auf Auseinandersetzung. Eine politische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus beginnt erst 1960, als das Referat für Gegenwartsfragen des AStA ein Wochenendseminar über die Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus organisierte und bewarb.²⁶

Angesichts des Eichmann-Prozesses war 1961 erstmals an zentraler Stelle der *dds* von der „Massenvernichtung der Juden“²⁷ die Rede – und davon, als erste Generation, die im Nachkriegsdeutschland aufgewachsen ist, nur schwer begreifen zu können, was sich in Deutschland abgespielt hatte. Der abschließende Aufruf im Artikel lässt erahnen, was Ende der 1960er-Jahre kommen sollte:

Wir werden weiter kommen, wenn wir anstelle von Fleiß - Intelligenz setzen, anstelle von Unterordnungswilligkeit - Kritik und anstelle von absoluten Idealen - Vernunftargumente.²⁸

²³ AStA-Archiv Darmstadt [306], die darmstädter studentenzeitung 006, 07.1953, S. 11.

²⁴ AStA-Archiv Darmstadt [335], die darmstädter studentenzeitung 017, 06.1955.

²⁵ AStA-Archiv Darmstadt [339], die darmstädter studentenzeitung 021, 02.1956.

²⁶ AStA-Archiv Darmstadt [375], die darmstädter studentenzeitung 047, 06.1960, S. 4.

²⁷ AStA-Archiv Darmstadt [380], die darmstädter studentenzeitung 052, 05.1961, S. 3.

²⁸ die darmstädter studentenzeitung 052, 05.1961, S. 3.

Mit einem emotional aufreibenden Artikel zum Ablauf der Selektion, Vergasung und Erschießung von vier Millionen Menschen im Konzentrationslager Auschwitz erreichte die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im gleichen Jahr ihren Höhepunkt. Zwischen 1964 und 1966 beschäftigt sich die Studentenschaft intensiv mit dem Leiden der Juden im Nationalsozialismus – nahezu in jeder Ausgabe gab es Referenzen zum oder Rezensionen von Büchern, die sich u.a. mit dem Holocaust beschäftigen.

Diese Geschichte der zunehmenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist zugleich die Geschichte der *Politisierung* der Studentenschaft. Die Perspektive, als politische Subjekte die Hochschule im Sinne demokratischer Prinzipien mitzugestalten und sich für die eigenen Interessen einzusetzen, traf auf die undemokratischen Hochschulstrukturen der Nachkriegszeit. Die Folge waren vielfältige hochschulpolitische Dispute in und um die TH Darmstadt. Diese Politisierung im Zuge der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und ihr Widerspruch zu den Lebensverhältnissen in Deutschland war eine zentrale Bedingung für die Kulturrevolution der 68er.

Die 1960er: Einmal Drittelparität und zurück

Eine erste politische Auseinandersetzung von Studierenden fand 1956 angesichts der Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstandes statt,²⁹ daran anschließend beschäftigten sich einige Studierende zwischen 1956 und 1958 mit der Wiederbewaffnung und der Wehrpflicht.³⁰ Gleichzeitig entstanden Ansätze einer Kritik der Studienbedingungen.³¹ Zwar gab es bereits zuvor politische Artikel in der *dds*, darin wurde aber vor allem eine oftmals plumpe Kritik der DDR betrieben und die dortigen Studienbedingungen problematisiert.³²

Massenproteste von Studierenden ereigneten sich aber erst 1959 angesichts des unzureichenden Mensaeßens: „Zur Essenszeit blieb die Mensa leer“.³³ Durch ihren Protest konnten die Studierenden 1960 eine Subventionierung durch das Land Hessen erreichen, die 1962 noch einmal aufgestockt wurde.³⁴

²⁹ AStA-Archiv Darmstadt [353], die darmstädter studentenzeitung 025, 11.1956, S. 2f.; AStA-Archiv Darmstadt [354], die darmstädter studentenzeitung 026, 12.1956, S. 3ff.

³⁰ die darmstädter studentenzeitung 025, 11.1956, S. 4f.; die darmstädter studentenzeitung 026, 12.1956, S. 2.; AStA-Archiv Darmstadt [355], die darmstädter studentenzeitung 027, 02.1957, S. 5.; AStA-Archiv Darmstadt [362], die darmstädter studentenzeitung 034, 05.1958, S. 5ff.

³¹ AStA-Archiv Darmstadt [356], die darmstädter studentenzeitung 028, 05.1957, S. 3f.; AStA-Archiv Darmstadt [357], die darmstädter studentenzeitung 029, 06.1957, S. 3ff.

³² siehe z.B. Ende 1955: AStA-Archiv Darmstadt [338], die darmstädter studentenzeitung 020, 12.1955, S. 3f.

³³ AStA-Archiv Darmstadt [371], die darmstädter studentenzeitung 043, 03.12.1959, Extrablatt Mensa, S. 1.

³⁴ AStA-Archiv Darmstadt [387], die darmstädter studentenzeitung Sonderausgabe Mensa, 06.11.1961.; AStA-Archiv Darmstadt [391], die darmstädter studentenzeitung Sonderausgabe Mensa 62, 04.01.1962.

Auf dem Studententag im April 1963 verließen die Studierenden ihrer Unzufriedenheit mit der bestehenden Hochschulstruktur Ausdruck und forderten eine Hochschulreform. Zentrale Kritikpunkte waren dabei das aufkommende starke Wachstum der Hochschulen, die machtvolle Stellung der Professoren, sowie die mangelhafte studentische Mitbestimmung in den Hochschulgremien.³⁵

Im November 1964 legte die Landesregierung einen Entwurf für ein Hessisches Universitätsgesetz vor. Schwerpunkte lagen auf der Kontinuität der Hochschulleitung, der Verkürzung der Studienzeit, die Einführung eines Stimmrechts für studentische Vertreterinnen und Vertreter in allen *akademischen Gremien* sowie die Einführung einer verfassten Studentenschaft.³⁶ Letztere beiden Punkte waren an der TH bereits durch die Hochschulsatzung von 1960 umgesetzt. Die Studierende unterstützen die Reform, während sich die Professoren dagegen zur Wehr setzen,³⁷ letztlich allerdings erfolglos. Das neue Hochschulgesetz wird im Mai 1966 beschlossen, die *dds* kommentiert es als „Sieg der Vernunft“.³⁸ Die Beitragshoheit ermöglicht seitdem der Studentenschaft, selbst den von den Studierenden zu zahlenden Beitrag festzulegen.³⁹

Ende 1966 richtete die TH eine Kommission zur Ausarbeitung einer Hochschulsatzung mit studentischer Beteiligung ein. Deren fertiger Entwurf wurde im Juni 1967 im Großen Senat beschlossen – allerdings, ohne die Studentenschaft oder die Öffentlichkeit im Vorfeld über die Ergebnisse der Kommission in Kenntnis zu setzen. Wie sich in einer späteren Analyse herausstellte, enthielt die Satzung grobe Fehler, die dem Hochschulgesetz widersprachen.⁴⁰ Daraufhin beschwerten sich studentische Hochschulgruppen über die mangelnde demokratische Praxis beim Kultusminister, dem die Genehmigung oblag.⁴¹ Seitdem war die Öffentlichkeit der Sitzungen der Hochschulgremien eine Grundforderung der Studierenden. Die von Studierenden bundesweit geforderte Drittelparität in der akademischen Selbstverwaltung wollten die Hochschulrektoren unbedingt verhindern. Auf der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) im Januar 1968 forderten sie daher eine „funktionsgerechte Kompetenzverteilung und qualitative Repräsentation“ aller Statusgruppen in den Hochschulgremien, die Offenheit aller Akte der Selbstverwaltung sowie die Bereitschaft zu

³⁵ AStA-Archiv Darmstadt [400], die darmstädter studentenzeitung 064, 06.1963, S. 4f.

³⁶ AStA-Archiv Darmstadt [406], die darmstädter studentenzeitung 072, 11.1964, S. 14f.; AStA-Archiv Darmstadt [411], die darmstädter studentenzeitung 077, 07.1965, S. 3ff.

³⁷ die darmstädter studentenzeitung 077, S. 6ff.

³⁸ AStA-Archiv Darmstadt [416], die darmstädter studentenzeitung 082, 06.1966, S. 1.

³⁹ Ebd., S. 1.

⁴⁰ AStA-Archiv Darmstadt [430], die darmstädter studentenzeitung Sonderausgabe Hochschulsatzung, 16.02.1968, S. 2.

⁴¹ Ebd., S. 3.

einer „grundlegenden Veränderung im gesamten Bildungssystem“.⁴² Von diesem Entgegenkommen erhofften sie sich, die anhaltenden Studierendenproteste gegenstandslos werden zu lassen.

Im Februar 1968 traf der Große Senat den Beschluss, den drittelparitätlich besetzten Godesberg-Ausschuss einzurichten, der die fehlerhafte Hochschulsatzung der TH überarbeiten sollte. Die Kernforderungen der Studierenden nach Öffentlichkeit, Drittelparität und Abschaffung der Disziplinarordnung wurden zur Grundlage der Ausschussarbeit. Durchsetzen konnten die Studierenden dies trotz einer sicheren Mehrheit der Professoren zum einen mit der Argumentation, ihre Kernforderungen entsprächen im Wesentlichen den Beschlüssen der WRK. Zum anderen setzten sie auf wenig subtilen Druck:

Nahezu sechzig Studenten scharten sich vor dem Sitzungssaal, erwarteten die Professoren und ließen keinen Zweifel daran, daß sie gespannt und erwartungsvoll der Sitzung entgegensahen aber auch entschlossen waren, wenn sie enttäuscht wurden, unfreundlich zu reagieren.⁴³

Nach dem Beginn der Sitzung stürmten die Studierende den Saal und erzwangen so eine öffentliche Sitzung.⁴⁴ Die folgende Senatssitzung im Juni 1968 wurde ebenfalls von Studierenden belagert, die sich anstellten, konsequent die Öffentlichkeit herzustellen:

Die HSU⁴⁵ hatte Werkzeuge der Inquisition fein säuberlich auf einer Kiste vor dem Eingang ausgelegt: Pressluftbohrer, Hammer und Meißel. Einige SDS⁴⁶-Leute hatten versucht, einfach die Türe auszuhängen und sie fortzutragen, damit der Einblick dadurch nicht verwehrt würde. Jedoch die Tür widerstand den gutgemeinten Bemühungen.⁴⁷

Mit diesem Vorgehen konnten die Studierenden durchsetzen, dass alle zukünftigen Senatssitzungen öffentlich im Großen Physiksaal abgehalten wurden.⁴⁸

⁴² Ebd., S. 5.

⁴³ Ebd., S. 1.

⁴⁴ Ebd., S. 1.

⁴⁵ Humanistische Studenten-Union

⁴⁶ Sozialistischer Deutscher Studentenbund

⁴⁷ AStA-Archiv Darmstadt [588], die darmstädter studentenzeitung 095, 07.1968, S. 3.

⁴⁸ Ebd., S. 3f.

Da der Godesberg-Ausschuss (GA) als erste Amtshandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen hatte⁴⁹ und die Studierenden in ihm kaum noch Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Forderungen sahen, beschloss das Studierendenparlament im Dezember 1968 das Ende der studentischen Mitarbeit darin: „Der GA hat als Reformausschuss im Sinne einer Demokratisierung der Hochschule versagt.“⁵⁰

In der Folge brachten die Studierenden ihre Forderungen im Rahmen der Diskussion der Ergebnisse des Godesberg-Ausschusses direkt in den Großen Senat ein, um sie durchzusetzen. Die Drittelparität wurde in der Sitzung des Großen Senats im Januar 1969 diskutiert. Nachdem sich die Diskussion bis 23:30 zog, verließen so viele Professoren den Saal, dass die Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben war.⁵¹ Erst in der dritten Sitzung Anfang Februar 1969 konnten die Studierenden die Drittelparität für die zentralen akademischen Gremien im Anschluss an eine lange und lebhaftige Diskussion durchsetzen: „Eine Debatte — gewürzt mit Zwischenrufen, Beifall, einem fünfminütigen, wohlinszenierten Tumult und plakativ vorgezeigter Empörung — die immerhin ergab, daß sich die Ansichten der Redner nicht grundsätzlich unterschieden.“⁵² Das dreiköpfige Direktorium, die damalige Hochschulleitung, trat daraufhin geschlossen zurück.⁵³ Im April wurden die Satzungsänderungen durch den Kultusminister genehmigt⁵⁴ und die Drittelparität damit Realität an der TH Darmstadt als einziger Hochschule in Deutschland.

Dieser Umsturz der Machtverhältnisse an der Hochschule beschäftigt einen Professor dermaßen, dass er Professoren anderer Hochschulen und „Repräsentanten der Deutschen Chemischen Industrie“⁵⁵ in einem umfangreichen Brief vor den Darmstädter Chemiestudierenden warnt – die *dds* titelt: „ein Professor dreht durch“.⁵⁶

Im März 1969 legte das Kultusministerium den Gesetzentwurf für eine Überarbeitung des Hessisches Universitätsgesetzes vor. Darin wurde eine neue Form der Hochschulleitung eingeführt: ein auf acht Jahre gewähltes Präsidium. Neu war ein Kuratorium, in dem auch Externe Einfluss auf die Hochschule nehmen – der Vorläufer des heutigen Hochschulrates. Mit diesen Maßnahmen wurde die Autonomie, begründet in der Selbstverwaltung der Hochschule durch Hochschulangehörige, aufgehoben, um, so das Kultusministerium, die Leistungsfähigkeit der Hochschule zu erhöhen. Gleichzeitig erhielt aber auch die Drittelparität

⁴⁹ AStA-Archiv Darmstadt [587], die darmstädter studentenzeitung 094, 06.1968, S. 6f.

⁵⁰ AStA-Archiv Darmstadt [499], Infoblatt Der Senat kneift!, 17.01.1969, S. 2.

⁵¹ AStA-Archiv Darmstadt [591], die darmstädter studentenzeitung 098, 02.1969, S. 1.

⁵² Ebd., S. 1.

⁵³ AStA-Archiv Darmstadt [592], die darmstädter studentenzeitung 099, 04.1969, S. 4.

⁵⁴ Ebd., S. 6.

⁵⁵ Ebd., S. 2.

⁵⁶ Ebd., S. 2.

Einzug in das Landesgesetz: Der Konvent, der den Großen Senat ablöste, wurde ebenso wie der (kleine) Senat paritätisch besetzt, allerdings nicht die Fakultäten. Zudem wurden Zulassungsbeschränkungen, Zwangsexmatrikulationen und das Ordnungsrecht im Gesetz verankert.⁵⁷ Die Studierenden sahen darin vor allem einen Angriff auf die autonome Hochschule, dem es mit Massenprotesten zu begegnen galt.

Auch die Gremien an der TH beschäftigten sich mit dem Gesetzesentwurf. Im Mai 1969 tagte zum ersten Mal der paritätisch besetzte Große Senat unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit. Er wählte ein „Widerstandsdirektorium“ aus Professoren, das bereit war, den Kampf um das Hochschulgesetz mit dem Kultusministerium aufzunehmen und traf den berühmten Widerstandsbeschluss:

Die Gruppen innerhalb der Technischen Hochschule Darmstadt werden mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu verhindern suchen, daß ihnen die Praktizierung von Normen aufgezwungen wird, die nicht in Übereinstimmung stehen mit den vom Großen Senat beschlossenen Satzungsreformen.⁵⁸

Als der Große Senat im Juli 1969 auch die Einführung der Drittelparität in den Fakultäten beschloss, initiierten die Professoren eine Gegenoffensive. 69 der 124 Professoren sprachen sich in einem Brief dagegen aus. Nachdem der Kultusminister im August 1969 auch diese Satzungsänderung auf ein Jahr genehmigte, reichten 61 Professoren eine Normenkontrollklage beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof ein.⁵⁹ Fünf von sieben Dekane traten zurück⁶⁰ und die Professoren blockierten in vier Fakultäten die Arbeit der paritätischen Fakultätsorgane durch einen Boykott.⁶¹

Im Januar 1970 folgt dann ein herber Rückschlag für die Studierenden:

Was innerhalb der Technischen Hochschule Darmstadt seit März 1968 an Reformen versucht wurde, war nicht mehr als eine Fiktion. Die Einführung der Drittelparität, die Fakultätsreform, die Arbeit der Gründungsausschüsse und Senatskommissionen waren die Seifenblasen einigen Illusionisten. Zwei Jahre Arbeit und die Nerven, die dabei

⁵⁷ Ebd., S. 3.

⁵⁸ AStA-Archiv Darmstadt [594], die darmstädter studentenzeitung 101, 05.1969, S. 1.

⁵⁹ AStA-Archiv Darmstadt [598], die darmstädter studentenzeitung 105, 11.1969, S. 1.

⁶⁰ Ebd., S. 2.

⁶¹ AStA-Archiv Darmstadt [601], die darmstädter studentenzeitung 108, 12.1969, S. 2.

verloren gingen, waren umsonst. Die THD, der ‚Weltmeister in Hochschulreform‘, ist knocked out.⁶²

Die Reformen wurden durch ein Gericht für nichtig erklärt – die TH hatte keine gültige Hochschulsatzung. Doch statt zu resignieren, zogen die Studierenden politische Konsequenzen aus dem Debakel:

Was übrig bleibt, ist also nur die Revolution, vorausgesetzt einige Genossen stehen früher auf, vorausgesetzt einige Liberale sehen ein, daß es nicht genügt, liberal zu sein. Zwei Jahre lang haben sich einige Leute legal um Reformen bemüht, um nachher zu hören, daß alles der Rechtsgrundlage entbehrt. Es wird in Zukunft also wenig Sinn haben, legal um Verbesserungen [sic!] zu kämpfen.⁶³

Im Mai 1970 wurde ein neues Hessisches Universitätsgesetz verabschiedet. Die Drittelparität ist darin für den Konvent (ehemals: Großer Senat) und Senat festgeschrieben. Gleichzeitig wurde mit der Einführung eines Präsidiums als Hochschulleitung das Prinzip der Selbstverwaltung der Hochschule und damit ihre Autonomie abgeschafft. Der „Widerstandsrektor“ der TH trat zurück.⁶⁴ Die Professoren zogen daraufhin gegen die Drittelparität vor das Bundesverfassungsgericht.⁶⁵ 1973 beschloss das Gericht, dass Professorinnen und Professoren in Fragen, die die Forschung und Lehre betreffen, über mehr als die Hälfte der Stimmen verfügen müssen.⁶⁶ 1978 wird die Drittelparität im Hessischen Universitätsgesetz wieder abgeschafft.⁶⁷

Die 1970er: Entpolitisierung und Allgemeinpolitik

Ende 1970, nach dem langjährigen, von den Studierenden letztlich verlorenen Kampf um die Hochschulreform und die Drittelparität, wandte sich die Studierendenschaft *allgemeinpolitischen Themen* zu. Interesse fanden die Kämpfe sogenannter

⁶² AStA-Archiv Darmstadt [602], die darmstädter studentenzeitung 109, 01.1970, S. 1.

⁶³ Ebd., S. 2.

⁶⁴ AStA-Archiv Darmstadt [605], die darmstädter studentenzeitung 112, 06.1970, S. 8ff.

⁶⁵ AStA-Archiv Darmstadt [604], die darmstädter studentenzeitung 111, 05.1970, S. 2ff.

⁶⁶ BVerfG, 29.05.1973 - 1 BvR 424/71; 1 BvR 325/72.

⁶⁷ Chronik der TH/TU Darmstadt, in: Christof Dipper et al. (Hgg.): Epochenschwelle in der Wissenschaft. Beiträge zu 140 Jahren TH/TU Darmstadt (1877–2017), Darmstadt 2017, S. 460–475; vgl. dazu auch Schmidt, Isabel: Die ersten hundert Jahre, in: Christof Dipper et al. (Hgg.): Epochenschwelle in der Wissenschaft. Beiträge zu 140 Jahren TH/TU Darmstadt (1877–2017), Darmstadt 2017, S. 54–62.

„Befreiungsbewegungen“ außerhalb Europas ab Mitte 1971,⁶⁸ wie überhaupt der Vietnam-Krieg⁶⁹ ganz erheblich zur Politisierung beitrug und im Zusammenhang damit die „imperialistische Politik“ des Westens⁷⁰ sowie Israels⁷¹ ab Mitte 1972 große Aufmerksamkeit erfuhr. Aber auch deutschlandspezifische und stadtpolitische Themen fanden Eingang in die studentische Perspektive: die Wohnungsnot bzw. Stadtpolitik u.a. mit der Besetzung der Oetinger-Villa ab Anfang 1972,⁷² staatliche Repression durch die Justiz ab Mitte 1973⁷³ und der Umweltschutz ab Ende 1973⁷⁴. Während sich der Kampf um die Hochschulreformen ab 1970 auf das Hochschulrahmengesetz verlagerte,⁷⁵ verschob sich der hochschulpolitische Fokus zunehmend auf die soziale Situation der Studierenden. So begleiteten sie Ende 1971 kritisch die Einführung des BAföG.⁷⁶

Ein weiteres zentrales hochschulpolitisches Betätigungsfeld bildeten *Berufsverbote* für kritische Intellektuelle, die in den Studierendenprotesten der 68er aktiv waren und denen aufgrund ihrer „Gesinnung“ eine Anstellung an der Hochschule verweigert wurde. Politische Grundlage war der sogenannte Radikalenerlass vom Januar 1972, der besagte, dass die Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Organisationen, also Organisationen, die durch den Verfassungsschutz beobachtet wurden, einer Anstellung in den öffentlichen Dienst im Weg stehe. Somit konnten Mitglieder solcher Organisationen nicht mehr wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Professorinnen und Professoren werden. Bereits im Februar 1972 gab es die ersten bundesweit Aufsehen erregenden Fälle etwa an der FH Hannover.⁷⁷ 1975 erhielten Berufsverbote und die Überprüfung Hochschulangestellter auch unter den Studierenden der TH eine breite Aufmerksamkeit.⁷⁸ An anderen hessischen Hochschulen wurden gar Studierende und Tutorinnen und Tutoren verhört.⁷⁹ Als die

⁶⁸ AStA-Archiv Darmstadt [610], die darmstädter studentenzeitung 120/121, 06.1971.

⁶⁹ AStA-Archiv Darmstadt [628], die darmstädter studentenzeitung Extrablatt Vietnam, 1973.

⁷⁰ AStA-Archiv Darmstadt [627], die darmstädter studentenzeitung Sonderausgabe Beiträge zur Vietnam-Woche, 06.1972.

⁷¹ AStA-Archiv Darmstadt [619], die darmstädter studentenzeitung 130, 10.1972 und AStA-Archiv Darmstadt [620], die darmstädter studentenzeitung 131, 12.1972. Hierzu sei angemerkt, dass die Kritik der „imperialistischen Politik“ Israels antisemitische Züge besaß – dies wird z.B. durch die zweimalige Nutzung des Begriffs „Weltjudentum“ in die darmstädter studentenzeitung 130, 10.1972 deutlich.

⁷² AStA-Archiv Darmstadt [614], die darmstädter studentenzeitung 125/126, 03.1972; AStA-Archiv Darmstadt [616], die darmstädter studentenzeitung 128, 06.1972 und AStA-Archiv Darmstadt [624], die darmstädter studentenzeitung 133, 04.1973, S. 3ff.

⁷³ die darmstädter studentenzeitung 133, 04.1973, S. 15ff.

⁷⁴ AStA-Archiv Darmstadt [625], die darmstädter studentenzeitung 136, 10.1973.

⁷⁵ AStA-Archiv Darmstadt [604], die darmstädter studentenzeitung 111, 05.1970.

⁷⁶ AStA-Archiv Darmstadt [612], die darmstädter studentenzeitung 123, 11.1971, S. 3ff.

⁷⁷ AStA-Archiv Darmstadt [133], Dokumentation Berufsverbot von Peter Brückner, 02.1972 und die darmstädter studentenzeitung 125/126, 03.1972, S. 45f.

⁷⁸ AStA-Archiv Darmstadt [745], was uns betrifft 03, 04.1975, S. 6.

⁷⁹ AStA-Archiv Darmstadt [746], was uns betrifft 04, 06.1975, S. 5.

Landesregierung 1976 die Hochschulen aufforderte, Informationen zu marxistischen Hochschulgruppen zusammenzustellen, verwies der Rektor der TH auf öffentlich zugängliche Quellen und kam so der Forderung des AStAs nach einer Aussageverweigerung entgegen.⁸⁰ In der 1978 aufkommenden Debatte um die Antiterror-Gesetzgebung gegen die RAF wurden die Berufsverbote noch einmal thematisiert,⁸¹ bevor das Thema aus der studentischen Öffentlichkeit verschwand. Noch heute findet bei einer Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Überprüfung der Verfassungstreue beim Verfassungsschutz statt.

Mit der allgemeinpolitischen Ausrichtung der ASten gingen aufgrund der Zwangsmitgliedschaft der Studierenden Probleme rechtlicher Art einher. So klagten Mitglieder des RCDS an mehreren Hochschulen gegen studentische Mandatsträgerinnen und -träger. Der Ausspruch eines Titelblattes der *WUB* 1978 war programmatisch für die auch in den kommenden Jahrzehnten immer wiederkehrenden Diskussionen um das *allgemeinpolitische Mandat* der Studierendenschaft an der TH:

Wenn ein AStA Massenmord und Folter anprangert, wird dies gerichtlich bestraft, weil es sich um allgemeinpolitische Äußerungen handelt. Wenn ein AStA zu Massenmord und Folter schweigt, ist das also keine politische Äußerung?⁸²

Die 1980er: Von der Hochschulutopie zur Politik der kleinen Schritte

Bis Ende der 1970er-Jahre beschäftigte die Studierenden vor allem der Kampf um die Hochschule und ihre demokratischen Strukturen. 1979 leitete der AStA mit der Einrichtung eines *Ökologie*-Referats einen grundlegenden Wandel ein: Statt der undemokratischen Hochschulstrukturen stand zunehmend die Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft und die Umwelt im Mittelpunkt studentischen Engagements. So wurde eine Fehlentwicklung der Wissenschaft und der Naturbeherrschung aufgrund des kapitalistischen Wirtschaftssystems konstatiert, die dem Einzelnen zu schaden drohe.⁸³

Im Zuge dessen fand ebenfalls eine Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen der Studierenden statt. 1978 sprach der AStA von einer *Wohnungsnot* in Darmstadt, deren Ursache in der Zerstörung billigen Wohnraum durch Spekulation verortet wurde.⁸⁴ Drei Jahre später wurde die Wohnungsnot erneut spürbar – diesmal aber vor allem in Bezug auf die

⁸⁰ AStA-Archiv Darmstadt [794], was uns betrifft 07, 04.1976, S. 11f.

⁸¹ AStA-Archiv Darmstadt [897], was uns betrifft 20, 07.1978.

⁸² AStA-Archiv Darmstadt [895], was uns betrifft 18, 06.1978, S. 1.

⁸³ AStA-Archiv Darmstadt [982], was uns betrifft 28, 12.1979, S. 19.

⁸⁴ was uns betrifft 18, 06.1978, S. 8.

Diskriminierung ausländischer Studierender. So nahmen viele Vermieterinnen und Vermieter grundsätzlich keine Ausländerinnen und Ausländer auf und das Studentenwerk hatte für die Wohnheime eine Maximalquote von 30 Prozent festgelegt.⁸⁵ Anfang der 1980er-Jahre wurde eine *Kürzung* des Hochschulstats des Landes um 15 Prozent dominantes Thema, das die TH in Aufruhr versetzte. Im Dezember 1980 fanden Aktionstage statt, an denen sich alle Statusgruppen und das Präsidium beteiligten. Wegen der Kürzungen mussten Stellen von Tutorinnen und Tutoren sowie von Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestrichen werden, was die TH angesichts der wachsenden Studierendenzahlen vor große Probleme stellte. Das *Schlaglicht* sprach von einem drohenden Kollaps.⁸⁶

Mit dem Engagement von *Frauen* in der Redaktion ab 1981 rückten zunehmend Ausdrucksformen männlicher Herrschaft in den Blickwinkel. Erstmals wurde Sexismus in den Arbeitswissenschaften thematisiert: „[Frau] wird als lächerlich, ungeschickt und dumm hingestellt, und zwar in dem Sinne, daß sie unfähig ist, konkrete Gedanken zu haben, geschweige denn, sie auszudrücken.“⁸⁷ Ausgehend von der kollektiven Erfahrung von Frauen an der TH, immer wieder gefragt zu werden, warum sie überhaupt studierten, wenn sie ja sowieso heiraten würden, gründete sich eine Frauengruppe, die sich mit der Rolle der Frau in der Gesellschaft beschäftigte.⁸⁸ In der Folge wurde 1982 ein autonomes Frauenreferat im AStA eingerichtet.⁸⁹ 1986 begann an der TH der Kampf um eine Frauenbeauftragte, die Studierende als kleinen Fortschritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter einschätzten.⁹⁰ Die Idee wurde zunächst von Hochschule und Land unterstützt.⁹¹ Doch statt eine feste Stelle einzurichten, erledigte eine Professorin die Tätigkeit ehrenamtlich. Die Studierenden sprachen daher von einer Alibi-Frauenbeauftragten und brachten ihre Kritik an den patriarchalen Verhältnissen zum Ausdruck:

[Minister] Gerhard's Grundsatz-Empfehlung, die Reaktion unseres Präsidenten und die an der THD vorherrschende Auffassung über Frauen und deren spezifischen Lebenszusammenhänge machen uns STINKWÜTEND.⁹²

Ein weiterer gesellschaftspolitischer Bezugspunkt der Studierenden der frühen 1980er-Jahre war die (atomare) *Aufrüstung* im Kalten Krieg. Im Zuge der Friedensbewegung wurde 1981

⁸⁵ AStA-Archiv Darmstadt [1074], *Schlaglicht* 02, 01.1981, S. 6f.

⁸⁶ AStA-Archiv Darmstadt [1079], *Schlaglicht* 07, 05.1981, S. 4ff.

⁸⁷ AStA-Archiv Darmstadt [1084], *Schlaglicht* 12, 11.1981, S. 10.

⁸⁸ AStA-Archiv Darmstadt [1087], *Schlaglicht* 15, 01.1982, S. 14.

⁸⁹ AStA-Archiv Darmstadt [1095], *Schlaglicht* 23, 11.1982, S. 4f.

⁹⁰ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], *AStA-Zeitung* 1.17, 12.1986, S. 8.

⁹¹ AStA-Archiv Darmstadt [1119], *AStA-Zeitung* 2.01, 01.1987, S. 3.

⁹² AStA-Archiv Darmstadt [1144], *AStA-Zeitung* 3.09, 11.1988, S. 16.

eine AG zu Frieden und Abrüstung gegründet.⁹³ Bis in die 1990er-Jahre beschäftigte dies die Studierenden immer wieder. Erst mit dem Ende der DDR und der Sowjetunion verlor das Bedrohungsszenario an Bedeutung, die Abrüstungsinitiative an der TH löste sich auf.⁹⁴

1985 kehrt die *Ökologie* zurück in den Mittelpunkt des studentischen Bewusstseins. An der TH wurde um ein neues Parkhaus gerungen, das ihre Verkehrsprobleme lösen sollte.⁹⁵ Darüber hinaus beschäftigte die Studierendenschaft die verzögerte Umstellung des TH-Kraftwerks von Kohle auf Gas und die damit erhöhten Emissionen.⁹⁶ Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl veranlasste auch die TH und ihre Studierenden zu einer Auseinandersetzung mit der Atomkraft.⁹⁷ Bis 1991 blieb Ökologie ein zentrales Thema studentischer Intervention. Nach Aktionen und einer Demonstration gegen die Nord-Ost-Umgehung, bei der lediglich 100 Studierende teilnahmen,⁹⁸ verschwand die Ökologie mit Ernährungstipps⁹⁹ aus dem Mittelpunkt.

Angesichts der trotz massiver Proteste durchgeführten Volkszählung 1987 widmeten sich die Studierenden dem *Datenschutz*,¹⁰⁰ die Aufwertung von Darmstädter Wohnungen und eine erneute *Wohnungsnot* zum Wintersemester 1987/88 beschäftigte die Studierendenschaft aber weitaus intensiver:¹⁰¹

Wohnraumzerstörung hat in Darmstadt System: Es werden laufend Mietwohnungen von Spekulanten aufgekauft, in Eigentumswohnungen umgewandelt und die Miete um bis zu 100% heraufgesetzt. Gleichzeitig werden Häuser abgerissen oder stehen leer.¹⁰²

In der Folge besetzten 70 Studierende ein Haus und eine Wohnrauminitiative gründete sich, um dauerhaft günstigen Wohnraum zu gewährleisten.¹⁰³ Doch ein Jahr später hatte sich kaum etwas getan, eine Vollversammlung füllte das Audimax und führte zu einer Demonstration mit 1000 Studierenden.¹⁰⁴ 1990 spitzte sich die Situation noch einmal zu. So gab es lediglich 2.000 Wohnheimplätze auf 17.000 Studierende, die Warteliste umfasste 1.300 Bewerberinnen und

⁹³ AStA-Archiv Darmstadt [1085], Schlaglicht 13, 11.1981, S. 8.

⁹⁴ AStA-Archiv Darmstadt [1203], Hochdruck 1.02, 06.1990, S. 21.

⁹⁵ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], AStA-Zeitung 1.02, 11.1985, S. 4f.

⁹⁶ Ebd., S. 2f.

⁹⁷ AStA-Archiv Darmstadt [1112], AStA-Zeitung 1.10, 05.1986, S. 1, 4 und AStA-Archiv Darmstadt [1113], AStA-Zeitung 1.11, 06.1986, S. 1.

⁹⁸ AStA-Archiv Darmstadt [1197], Hochdruck 1.07, 12.1990, S. 17 und AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 1.09, 01.1991, S. 16.

⁹⁹ Hochdruck 1.07, 12.1990; AStA-Archiv Darmstadt [1196], Hochdruck 1.08, 12.1990 und Hochdruck 1.09, 01.1991.

¹⁰⁰ AStA-Archiv Darmstadt [1120], AStA-Zeitung 2.02, 02.1987, S. 6.

¹⁰¹ AStA-Archiv Darmstadt [1130], AStA-Zeitung 2.09, 10.1987, S. 3ff.

¹⁰² Ebd., S. 5.

¹⁰³ Ebd., S. 13.

¹⁰⁴ AStA-Zeitung 3.09, 11.1988, S. 4ff. und AStA-Archiv Darmstadt [1146], AStA-Zeitung 3.11, 12.1988, S. 4.

Bewerber.¹⁰⁵ Die Schaffung 400 neuer Wohnheimplätze milderte die Situation dann 1992 etwas ab.¹⁰⁶

Rechtsextremismus, eine Kritik an Burschenschaften und der Ideologie der Neuen Rechten gelangten 1988 erstmals in das Blickfeld der Studierendenschaft:

„Ausländer raus“, „Deutschland den Deutschen“ ... noch äußert sich an der TH Darmstadt der Rechtsextremismus vornehmlich in Sütterlin-Schmierereien. [...] Nein, noch ist es nicht soweit, noch gibt es keine offen auftretenden Neo-Nazis an der TH Darmstadt. Gefährlich ist jedoch der schleichende Faschismus, und dieser kann auch hier Einzug halten.¹⁰⁷

Nach den Ausschreitungen von Hoyerswerda im September 1991 und angesichts der Diskussion um das Grundrecht auf Asyl positionierte sich der AStA mit einer Forderung: „Abschaffung aller Ausländergesetze und entsprechender Verordnungen, Bleiberecht für ALLE, Offene Grenzen“.¹⁰⁸ Entsprechend kritisch begegnete er auch dem „Asylkompromiss“ 1993, den er als „letzten Schritt auf dem Weg in die absolut kapitalistische [...] Gesellschaft“¹⁰⁹ betrachtete.

Der mit dem Versuch, das Grauen im Nationalsozialismus zu relativieren, entstehende *Historikerstreit* 1986/87 wurde 1994 an die TH getragen. Die Studierenden versuchten, den Auftritt des zur Verabschiedung eines Professors auf dessen Wunsch eingeladenen Revisionisten Ernst Nolte zu verhindern. Nach Zusicherung des Dekans des Fachbereichs 02, dass er mit ihnen einer Meinung sei und sie beim Symposium ihren Protest verlesen dürften, ließen die Studierenden Nolte auftreten und beteiligten sich an der Diskussion.¹¹⁰

Die 1990er und 2000er: Vom sozialen Fortschritt zum Abwehrkampf

Die frühen 1990er-Jahre markierten den Auftakt der *unternehmerischen Hochschule*, die um 2000, ergänzt durch die *Studienreform* hin zum Bachelor-/Master-System, massive Auswirkungen auf die Studienbedingungen hatten. Beides stand im Zusammenhang mit der weltweit zu beobachtenden Ausweitung der Warenlogik auf zuvor nicht marktförmig organisierte gesellschaftliche Bereiche im Rahmen des Siegeszuges des Neoliberalismus.¹¹¹

¹⁰⁵ AStA-Archiv Darmstadt [1200], Hochdruck 1.05, 10.1990, S. 3f.

¹⁰⁶ Hochdruck 1.07, 12.1990, S. 14.

¹⁰⁷ AStA-Archiv Darmstadt [1141], AStA-Zeitung 3.05, 05.1988, S. 3.

¹⁰⁸ AStA-Archiv Darmstadt [1149], Hochdruck 2.06, 12.1991, S. 11.

¹⁰⁹ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 4.02, 06.1993, S. 20.

¹¹⁰ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 5.06, 11.1994, S. 17ff.

¹¹¹ vgl. dazu Münch, Richard: Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Berlin 2011.

Gegen einen warenförmigen Charakter der Bildung und eine der Marktlogik folgende Organisation der Hochschulen wehrten sich die Studierenden vehement, wenn auch nicht sonderlich erfolgreich. So kritisierte der AStA bereits die ersten Anzeichen dieser Entwicklung: Die Initiative des TH-Präsidenten, ein neues Gebäude an der Lichtwiese ausschließlich durch *Drittmittel* zu finanzieren.¹¹² Ebenso kritisiert wurde der Versuch, das Hessische Hochschulgesetz ab 1993 durch eine Hochschulstrukturkommission aus externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überarbeiten zu lassen, wozu die Universitäten wie auch die TH lediglich angehört wurden. Eine direkte Beteiligung fand nicht statt.¹¹³ Bundesweit wurde um eine Studienreform diskutiert, die primär eine *Studienzeitverkürzung* ermöglichen sollte, um die Studierenden früher auf den Arbeitsmarkt zu werfen.¹¹⁴ Die dahinter stehende Auffassung des Studiums als Berufsausbildung bildete einen Kernpunkt studentischer Kritik an der unternehmerischen Hochschule.¹¹⁵ Die soziale Situation der Studierenden verschlechterte sich erneut durch eine 1991 vorgenommene Erhöhung der *Mensapreise*,¹¹⁶ in deren Folge sich 2.000 Studierende im Rahmen einer Postkartenaktion für besseres Essen aussprachen.¹¹⁷ 1995 traf die Hochschulen erneut eine *Mittelkürzung*: Nur 80 Prozent der Landesmittel durften verausgabt werden. Entsprechend stellten sich die Hochschulen auf eine Verschärfung der Zulassungsbeschränkungen und die Verschlechterung der Studienbedingungen ein.¹¹⁸ Die Studierenden nahmen dies zum Anlass für Protest.¹¹⁹

Die Kontakta (heute: Konaktiva), eine Unternehmensmesse von und für Studierende, wurde 1989 gegründet – und genauso lange existiert eine studentische Kritik, die 1992 in einer eigenen Ausgabe des *Hochdrucks* ausgeführt wurde. Darin wird die Messe als „Studihandel“ beschrieben, durch den die Hochschule zu einem „Supermarkt des Wissens“ verkomme und die Studierenden zu „erfinderische[n] Zwerge[n]“ reduziert würden.¹²⁰ 1990 wurde erstmals der Tag der Hochschul-Internen Gruppen (THInG) veranstaltet, bei dem sich zehn Hochschulgruppen einer interessierten Studierendenschaft vorstellten.¹²¹ Seitdem findet er jährlich statt.

¹¹² Hochdruck 1.02, 06.1990, S. 13f.

¹¹³ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 3.06, 04.1993, S. 10f.

¹¹⁴ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 3.05, 01.1993, S. 4ff.

¹¹⁵ Ebd., S. 10f. und Hochdruck 3.06, 04.1993, S. 15.

¹¹⁶ Hochdruck 2.06, 12.1991, S. 32.

¹¹⁷ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 3.03, 07.1992, S. 27.

¹¹⁸ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 6.01, 05.1995, S. 29.

¹¹⁹ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 6.02, 07.1995, S. 12f.

¹²⁰ AStA-Archiv Darmstadt [1999], Hochdruck 1.Spezial, Wintersemester 1990/91, S. 9.

¹²¹ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 2.03, 06.1991, S. 27.

Bundesweiter Vorreiter war die Studierendenschaft der TH Darmstadt bei der Einführung des *Semestertickets* 1991. Die sogenannte HEAG-Karte ermöglichte zunächst für 14 DM unbegrenzte Fahrten in Darmstadt und seinem Umland.¹²² Die „Tarif-Revolution“¹²³ löste große Begeisterung bei den Studierenden aus.¹²⁴ Später wurde das Ticket auf den kompletten Bereich Darmstadt-Dieburg ausgeweitet, um schließlich den damals neu gegründeten Verkehrsverband RMV und damit große Teile Hessens abzudecken.¹²⁵ Im AStA wurde ein Verkehrs-Referat etabliert, das fortan die Verhandlungen führte.¹²⁶

Ab 1991 wurde in den AStA-Zeitungen relativ konsequent gegendert. Am alltäglichen Sexismus an der TH änderte das aber erstmal wenig. So zeigte im gleichen Jahr ein Professor in einer Vorlesung Dias mit nackten Frauen, ließ *Frauen* grundsätzlich durch die Prüfung fallen und machte die Belastbarkeit und Dynamik von BHs zum Prüfungsthema. Durch studentischen Protest wurde ihm schließlich die Prüfungserlaubnis entzogen.¹²⁷ Für die spezifische Situation von Müttern gab es 1992 noch keine Unterstützung durch die TH und nach wie vor wurden Frauen gefragt, warum sie überhaupt studierten.¹²⁸

Gegen *Mittelkürzungen* fand 1997/98 ein Streik an den Hochschulen statt, der noch im Nachgang kontrovers diskutiert wurde. Letztlich stellten die Studierenden fest, dass der Streik die Situation zwar nicht verbessert, aber eine Verschlechterung verhindert habe.¹²⁹ So stellte der Bund zumindest Mittel für die Verbesserung der Ausstattung der Bibliotheken zu Verfügung.¹³⁰

Datenschutz gewann angesichts der systematischen Überwachung durch Geheimdienste¹³¹ und einem „in Darmstadt grassierenden Sicherheitswahn“¹³² in Form von Videoüberwachung 1999 an Bedeutung. In einer seit einigen Jahren leerstehenden Halle, der Stoeferlehalle, sollte ein Kulturzentrum entstehen, darin waren sich AStA und Präsidium einig. Studierende gründeten 1998 den Arbeitskreis Stoeferlehalle, um ein Konzept zu erarbeiten.¹³³ 2003 öffnete das *603qm* schließlich mit einem regelmäßigen Cafébetrieb seine Pforten.¹³⁴ Die steigenden Studierendenzahlen und der fehlende Ausbau der Studierendenwohnheime führten 2003 erneut

¹²² Hochdruck 2.03, 06.1991, S. 19.

¹²³ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 2.05, 11.1991, S. 4.

¹²⁴ Ebd., S. 7.

¹²⁵ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 4.04, 11.1993, S. 12.

¹²⁶ Hochdruck 5.06, 11.1994, S. 7.

¹²⁷ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 2.04, 07.1991, S. 35.

¹²⁸ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], Hochdruck 3.04, 11.1992, S. 26f.

¹²⁹ AStA-Archiv Darmstadt [1659], zoon politikon 03, 10.1998, S. 9f.

¹³⁰ Ebd., S. 19.

¹³¹ AStA-Archiv Darmstadt [1732], zoon politikon 04, 01.1999, S. 12f.

¹³² AStA-Archiv Darmstadt [2063], zoon politikon 07, 10.1999, S. 8.

¹³³ AStA-Archiv Darmstadt [1746], zoon politikon 05, 04.1999, S. 31.

¹³⁴ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], inhaltsverzeichnis 02, 10.2003, S. 3.

zu einer zugespitzten *Wohnungssituation* in Darmstadt. Im *zoon politikon* nahm die theoretische Auseinandersetzung mit *Rechtsextremismus*, Burschenschaften und Alltagsrassismus einen breiten Rahmen ein. Sie schloss an die gegen Migrantinnen und Migranten gerichteten Pogrome Anfang der 1990er-Jahre an.

Die rechte Gewalt, der fortwährend diskutierte „alltägliche Rassismus“ hat seine Wurzeln in der Kontinuität alter Nazistrukturen, beginnt in den Köpfen und wird im Umgang mit Menschen manifestiert.¹³⁵

Auch das *inhaltsverzeichnis* thematisierte Antisemitismus und die deutsche Erinnerungspolitik mit ihren Opfermythen.¹³⁶ Verdrängt wurde diese Kritik der Gegenwartsgesellschaft erst durch die drohende Einführung allgemeiner Studiengebühren 2005. Die Debatte um Studiengebühren fand vor dem Hintergrund einer *neoliberalen Entwicklung der Hochschulen* statt, die die Studierenden bereits seit der Drittmitteldiskussion an der TH 1990 kritisch begleiteten. Über das Hessische Hochschulgesetz (HHG) wurden ab 1999 Präsidien und Dekane gestärkt, während Mitbestimmungsrechte des Senats abgebaut wurden.¹³⁷ Die *zoon politikon* kommentierte bissig:

Die Fähigkeit, kontroverse Diskussionen in Gremien mit paritätischer Besetzung durch die Hochschulgruppen in weitsichtige und zukunftsweisende Entscheidungen münden zu lassen, stellt als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft eine Leistung dar, die sich positiv auf die Konfliktlösung in und zwischen Gesellschaften auswirkt. Eine Qualitätssteigerung in dieser Form ist durch das geplante HHG ausgeschlossen.¹³⁸

Daran findet auch eine Kritik der „neoliberalen Weltbeglückung“¹³⁹ und der zunehmenden Ökonomisierung der Bildung Anlass: „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Global Sourcing statt freie Migration und Pflicht zur marktgerechten Ausbildung statt Recht auf Bildung ergänzen einander wunderbar.“¹⁴⁰ Die 2005 der TU zugestandene *Hochschulautonomie* beschreiben die Studierenden ambivalent: Zwar ermöglichte sie der lokalen Institution zusätzliche Handlungsspielräume. Die parallele Tendenz der Zentralisierung von Befugnissen auf die Hochschulleitung bewegte die Studierenden jedoch zu der Position,

¹³⁵ AStA-Archiv Darmstadt [1629], *zoon politikon* Wintersemester 2000/01, S. 12.

¹³⁶ *inhaltsverzeichnis* 02, 10.2003, S. 5 und AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], *inhaltsverzeichnis* 06, Sommersemester 2005, S. 8.

¹³⁷ *zoon politikon* 04, 01.1999, S. 18f. und AStA-Archiv Darmstadt [2065], *zoon politikon* Sommersemester 2000, S. 16ff.

¹³⁸ Ebd., S. 16.

¹³⁹ *zoon politikon* Wintersemester 2000/01, S. 34.

¹⁴⁰ Ebd., S. 42.

nicht der Autonomie zum Erfolg zu verhelfen, sondern sich für die spezifischen Interessen der Studierenden einzusetzen.¹⁴¹ Entsprechend wurden das Konzept der Elitehochschule, Evaluationen,¹⁴² die Erhöhung des Prüfungsdrucks, die Einrichtung eines Kontroll- und Disziplinarsystems, die Reinheitspolitik¹⁴³ und die Selbstvermarktung der TU¹⁴⁴ kritisiert. Zu all diesen Auswirkungen der Transformation der Hochschule gesellten sich *Studiengebühren*. Bereits seit 1972 gab es Langzeitstudiengebühren von 200 DM in Hessen,¹⁴⁵ die auch immer wieder von den Studierenden thematisiert wurden.¹⁴⁶ Im Jahr 2000 berichtete *zoon politikon* von einer neuen Diskussion um die Einführung von Studiengebühren, die auf eine schrittweise Einführung hinauszulaufen drohte.¹⁴⁷ Der erste Schritt bestand schließlich 2003 im Beschluss eines „Studienguthaben-Gesetzes“, mit dem 900 Euro Langzeit- und 1.500 Euro Zweitstudiengebühren fällig wurden¹⁴⁸ – für die Studierenden der Auftakt zum Protest.¹⁴⁹ Zwei Jahre später wurden Studiengebühren durch das Bundesverfassungsgericht zur Ländersache erklärt, womit die Einführung allgemeiner Studiengebühren von 500 Euro als erster Schritt der Landesregierung wahrscheinlich schien.¹⁵⁰ Da die Gebührenfreiheit in der Hessischen Landesverfassung verankert ist, entstand ein juristischer Diskurs, ob allgemeine Studiengebühren zulässig seien – ein Gutachten der Landesregierung befürwortete dies, sofern parallel ein Darlehen zur Verfügung gestellt würde, das erst bei einem entsprechenden Einkommen beglichen werden müsste. Der AStA zweifelte dies an und die SPD kündigte bereits an, im Falle eines Wahlsieges in der kommenden Legislatur die Gebühren sofort wieder abzuschaffen.¹⁵¹ Das Sommersemester 2006 war von Studierendenprotesten geprägt, im *inhaltsverzeichnis* erschien auf jeder zweiten Seite ein Protestbild.¹⁵² Dennoch wurde das „Studienbeitragsgesetz“ mit 500 Euro allgemeinen Studiengebühren und 1.500 Euro Studiengebühren für weiterführende Studiengänge wie den Master ab dem Wintersemester 2007/08 verabschiedet.¹⁵³ Die Studierenden sahen darin einen Verfassungsbruch und kündigten

¹⁴¹ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], *inhaltsverzeichnis 05*, Wintersemester 2005/06, S. 2.

¹⁴² Ebd., S. 6ff.

¹⁴³ Die Reinheitspolitik meint die rigide Reinigung der TU-Einrichtungen unter anderem von Aufklebern, Plakaten und Graffiti.

AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], *inhaltsverzeichnis 07*, Wintersemester 2005/06, S. 2ff.

¹⁴⁴ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], *inhaltsverzeichnis 11*, 02.2008, S. 16ff.

¹⁴⁵ AStA-Archiv Darmstadt [1082], *Schlaglicht 10*, 06.1981, S. 3ff.

¹⁴⁶ AStA-Archiv Darmstadt [1122], *AStA-Zeitung 2.04*, 04.1987.

¹⁴⁷ *zoon politikon* Sommersemester 2000, S. 37ff.

¹⁴⁸ *inhaltsverzeichnis 02*, 10.2003, S. 1.

¹⁴⁹ Ebd., S. 8.

¹⁵⁰ *inhaltsverzeichnis 06*, Sommersemester 2005, S. 1ff.

¹⁵¹ AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], *inhaltsverzeichnis 09*, 05.2006, S. 8f.

¹⁵² AStA-Archiv Darmstadt [o.N.], *inhaltsverzeichnis 10*, 07.2006.

¹⁵³ Ebd., S. 8ff.

an, „alle Hebel in Bewegung zu setzen“¹⁵⁴. Die Proteste wurden von massiven Polizeirepressalien und Delegitimierungsversuchen begleitet:

„Statt den Dialog zu suchen und alternative Finanzierungsmodelle zumindest zu prüfen, kriminalisiert die Regierung Koch die protestierenden Menschen, mit der Behauptung, es sei nur eine kleine Gruppe gewaltbereiter Extremisten auf den Strassen und das Ziel, Studiengebühren zu verhindern, sei längst nicht mehr Inhalt der Demonstrationen.“¹⁵⁵

Im Februar 2008 bot der AStA der SPD eine Wette an: Bei Nichtabschaffung der Gebühren trotz Regierungsbeteiligung sollte die SPD selbst die Studiengebühren aufbringen und an den Förderverein für in Not geratene Studierende an der TU Darmstadt spenden.¹⁵⁶ Der Versuch, die Gebühren über einen Boykott zu stoppen, scheiterte an der mangelnden Beteiligung der Studierenden.¹⁵⁷ Auch eine von den Studierenden eingereichte Verfassungsklage hatte keinen Erfolg. Aufgrund der nahenden Landtagswahl, bei der ein Regierungswechsel möglich war, und der Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung im Rahmen der Verfassungsklage konnten die Studierenden im Wahlkampf 2008 das Thema Studiengebühren setzen. Die aus den Wahlen hervorgehende rot-rot-grüne Mehrheit im Landtag, deren Regierungsbildung später scheiterte, beschloss genau ein Gesetz: Die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen.¹⁵⁸ Mit ihrer zweijährigen Kampagne schafften es die hessischen Studierenden so, die Studiengebühren in ihrem Bundesland wieder abzuschaffen – was in der Folge zu einer bundesweiten Abschaffung der Bildungsgebühren führte. Seit den 68ern gelang es den Studierenden damit zum ersten Mal wieder, durch massive Proteste signifikanten Einfluss auf die Rahmenbedingungen des Bildungssystems zu nehmen.

Studierende und Gesellschaft

Aus einer historischen Perspektive bildeten Studierende in Deutschland an vielen Wendepunkten der Gesellschaft einen Katalysator, stellenweise gar Motor geschichtlicher Entwicklung. Festmachen lässt sich dies beispielsweise an dem auf einen Nationalstaat zielenden Wartburgfest 1817, der frühen Übernahme der studentischen Vertretungen durch Hochschulgruppen des NSDStB¹⁵⁹ ab 1931 und die von der 68er-Bewegung angestoßene

¹⁵⁴ Ebd., S. 12.

¹⁵⁵ Ebd., S. 17.

¹⁵⁶ inhaltsverzeichnis 11, 02.2008, S. 6.

¹⁵⁷ Ebd., S. 8f.

¹⁵⁸ Hartmann, Michael: Der erfolgreiche Widerstand gegen Studiengebühren in Hessen, in: Himpele, Klemens/Bultmann, Thorsten (Hgg.): Studiengebühren in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. 10 Jahre Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS): Rückblick und Ausblick, Marburg 2009, S. 245ff.

¹⁵⁹ Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund

Kulturrevolution. Der Wandel vom „Goldenen Zeitalter“ der 1950er- und 1960er-Jahre¹⁶⁰ zum darauffolgenden gesellschaftlichen Erdbeben der Krisenjahrzehnte¹⁶¹ trägt auch eine studentische Handschrift¹⁶². Auf kultureller Ebene konnte die Künstlerinnen- und Künstlerkritik der 1968er in den Kapitalismus integriert werden und findet heute beispielsweise in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen ihren Ausdruck.¹⁶³ Auch die ökonomischen Verhältnisse prägten die 68er indirekt: Indem sie den Lohnabhängigen aufzeigten, dass sich durch Protest deutlich bessere Tarifabschlüsse erreichen ließen,¹⁶⁴ sank die Profitrate immer weiter. Im darauffolgenden Rückgang der Investitionen der Kapitalinhaberinnen und -inhabern kann eine Ursache der Krisen seit den 1970er-Jahren ausgemacht werden.¹⁶⁵ An den Hochschulen forderten die Studierenden der 68er-Bewegung den Wandel der professorenorientierten Ordinarienuniversität zur demokratisch organisierten Gruppenhochschule ein.¹⁶⁶ Dessen zentrale Idee der Gleichberechtigung aller Statusgruppen kam in der Forderung nach der Umsetzung einer Drittelparität in den Hochschulgremien zum Ausdruck. An der TH Darmstadt konnte sie 1968 gegen den heftigen Widerstand der Professoren erkämpft werden, bis sie zwischen 1975–78 durch das neue Hochschulrahmengesetz und das Hessische Universitätsgesetz nach und nach gekippt wurde.¹⁶⁷ Dieser auch durch die Studierenden vorangetriebene Wandel von Hochschule und Gesellschaft steht im starken Kontrast zu den politischen Initiativen der darauffolgenden Jahrzehnte. Die in den 1990er- und 2000er-Jahren erfolgte Transformation der Gruppenhochschulen zu unternehmerischen Hochschulen ist kaum auf damals zeitgenössische studentische Interventionen zurückzuführen.¹⁶⁸ Seit dem Ende der 1970er-Jahre gab es einige Protestwellen, die ihren Anlass in den Auswirkungen der wachsenden Studierendenzahlen wie überfüllten Veranstaltungen und Wohnungsnot, in einer drohenden Verschlechterung der sozialen Lage beispielsweise durch Studiengebühren oder die Einschränkung von Gestaltungsspielräumen im

¹⁶⁰ Der Begriff des „Goldenen Zeitalters“ bezieht sich auf das rapide Wirtschaftswachstum in dieser Periode. Dazu: Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998, S. 329f.

¹⁶¹ Hobsbawm: Zeitalter der Extreme, S. 503ff.

¹⁶² Hobsbawm: Zeitalter der Extreme, S. 380 und Streek, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013, S. 45.

¹⁶³ Boltanski, Luc/Chiapello, Ève: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2006, S. 254f.

¹⁶⁴ Hobsbawm: Zeitalter der Extreme, S. 380.

¹⁶⁵ Streek, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013, S. 45

¹⁶⁶ Keller, Andreas: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts, Marburg 2000, S. 113f., 156.

¹⁶⁷ vgl. dazu auch Schmidt, Isabel: Die ersten hundert Jahre, in: Christof Dipper et al. (Hgg.): Epochenschwelle in der Wissenschaft. Beiträge zu 140 Jahren TH/TU Darmstadt (1877–2017), Darmstadt 2017, S. 54–62.

¹⁶⁸ Keller: Hochschulrevolte, S. 305ff., 311f. – lediglich 1997/98 gab es ein wenig studentischen Einflusses auf den Reformprozess.

Studium durch die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen fanden. Mit ihren Protesten konnten die Studierenden auch einige Erfolge wie die bundesweite Abschaffung der Studiengebühren erreichen, alternative Gesellschaftsentwürfe spielten dabei im Gegensatz zu den 68ern aber nur eine untergeordnete Rolle. Gleichwohl konnten sie dafür sorgen, dass die größten Auswirkungen der durch die soziale Öffnung wachsenden Hochschulen abgemildert wurden.

Der Wandel von dem durch Vollbeschäftigung geprägten „Goldenen Zeitalter“, in dem ‚fast alles‘ möglich war, zum durch die kulturelle Revolution und ökonomischen Krisen geprägten Klima der Unsicherheit, dem bloßen Verteidigen des Bestehenden der folgenden Jahrzehnte¹⁶⁹ spiegelt sich damit auch in den Studierendenprotesten wieder.

Studierendenschaft heute

Heute befindet sich die Studierendenschaft einmal mehr in einem politischen Tiefschlaf. In der *akademischen Selbstverwaltung* ist der Alltag einer Mitverwaltung eingekehrt – bestehende Themen werden abgearbeitet und auftauchende Probleme im ‚Rahmen des Möglichen‘ gelöst. Eine von breiten Teilen der Studierendenschaft getragene Utopie, etwa die einer demokratischen Hochschule der 68er, und der Kampfesgeist der Studiengebührenproteste ist nirgendwo in Sicht. Ähnlich sieht die Situation in der *studentischen Selbstverwaltung* aus. Zwar besteht eine relativ große Basis an Studierenden, die Veranstaltungen zur politischen Bildung organisieren und besuchen, etwa durch von Studierenden eingerichtete Autonome Tutorien und Ringvorlesungen, eine sich daraus entwickelnde politische Praxis ist aber Fehlanzeige. Dabei bietet die Studierendenschaft nach wie vor die Möglichkeit, als schlagkräftiger politischer Akteur studentische Positionen in und über die Hochschule hinaus zu vertreten – und die Geschichte der Studierendenschaft der TH Darmstadt zeigt eindrucksvoll, dass sie damit erfolgreich sein kann.

¹⁶⁹ Hobsbawm: Zeitalter der Extreme, S. 508f.

Anhang 1: Studierendenzahlen TH/TU Darmstadt¹⁷⁰

Jahr	Studierende	Frauen	% Frauen	Inter-nationale	% Inter-nationale
1907	1.476				
1908	1.158				
1909	1.245				
1910	1.269				
1911	1.248				
1912	1.256				
1913	1.253				
1914	931				
1915	140	8	5,71%		
1916	174	16	9,20%		
1917	146	26	17,81%		
1918	1.110	31	2,79%		
1919	1.994	38	1,91%		
1920	2.585	29	1,12%		
1921	2.955	33	1,12%		
1922	3.080	24	0,78%		
1923	2.685	37	1,38%		
1924	2.372	22	0,93%		
1925	2.324	36	1,55%		
1926	2.429	47	1,93%		
1927	2.363	53	2,24%	186	7,87%
1928	2.197	28	1,27%	184	8,38%
1929	2.323	33	1,42%	180	7,75%
1930	2.407	39	1,62%	210	8,72%
1931	2.243	41	1,83%	196	8,74%
1932	2.027	31	1,53%	159	7,84%
1933	1.743	31	1,78%	144	8,26%
1934	1.361	25	1,84%	127	9,33%
1935	1.204	18	1,50%	120	9,97%
1936	1.134	14	1,23%	144	12,70%
1937	1.108	13	1,17%	213	19,22%
...					
1948	2.472	92	3,72%	104	4,21%
1949	2.699	86	3,19%	56	2,07%
1950	2.924	67	2,29%	77	2,63%
1951	3.083	76	2,47%	91	2,95%
1952	3.099	57	1,84%	115	3,71%
1953	3.226	65	2,01%	164	5,08%
1954	3.355	81	2,41%	254	7,57%
1955	3.564	91	2,55%	324	9,09%
1956	3.931	119	3,03%	425	10,81%
1957	4.230	130	3,07%	561	13,26%
1958	4.267	128	3,00%	589	13,80%
1959	4.357	116	2,66%	617	14,16%
1960	4.522	117	2,59%	561	12,41%
1961	4.668	128	2,74%	585	12,53%
1962	4.673	123	2,63%	524	11,21%
1963	4.758	136	2,86%	492	10,34%
1964	5.012	157	3,13%	492	9,82%
1965	5.123	198	3,86%	493	9,62%
1966	5.567	237	4,26%	509	9,14%

Jahr	Studierende	Frauen	% Frauen	Inter-nationale	% Inter-nationale
1967	5.892	276	4,68%	482	8,18%
1968	6.608	313	4,74%	510	7,72%
1969	6.357	309	4,86%	546	8,59%
1970	6.859	367	5,35%	583	8,50%
1971	7.655	493	6,44%	647	8,45%
1972	8.492	675	7,95%	744	8,76%
1973	9.173	860	9,38%	830	9,05%
1974	9.477	1.036	10,93%	865	9,13%
1975	10.159	1.235	12,16%	958	9,43%
1976	10.660	1.345	12,62%	924	8,67%
1977	10.975	1.486	13,54%	937	8,54%
1978	11.331	1.647	14,54%	957	8,45%
1979	11.923	1.781	14,94%	981	8,23%
1980	12.004	1.906	15,88%	990	8,25%
1981	12.687	2.065	16,28%	1.089	8,58%
1982	13.353	2.271	17,01%	1.153	8,63%
1983	13.916	2.354	16,92%	1.209	8,69%
1984	14.132	2.482	17,56%	1.229	8,70%
1985	14.106	2.474	17,54%	1.223	8,67%
1986	14.257	2.496	17,51%	1.253	8,79%
1987	14.721	2.588	17,58%	1.219	8,28%
1988	14.996	2.719	18,13%	1.231	8,21%
1989	15.340	2.925	19,07%	1.287	8,39%
1990	17.100	3.403	19,90%	1.432	8,37%
1991	17.884	3.763	21,04%	1.552	8,68%
1992	17.901	3.875	21,65%	1.705	9,52%
1993	17.745	3.948	22,25%	1.822	10,27%
1994	17.122	3.928	22,94%	1.886	11,02%
1995	16.599	3.942	23,75%	1.842	11,10%
1996	15.601	3.773	24,18%	1.877	12,03%
1997	15.458	3.940	25,49%	1.906	12,33%
1998	15.603	4.074	26,11%	2.001	12,82%
1999	16.042	4.411	27,50%	2.113	13,17%
2000	16.403	4.618	28,15%	2.401	14,64%
2001	17.412	5.097	29,27%	2.786	16,00%
2002	18.590	5.594	30,09%	3.253	17,50%
2003	20.588	6.342	30,80%	3.893	18,91%
2004	17.626	5.058	28,70%	3.895	22,10%
2005	16.926	4.857	28,70%	3.759	22,21%
2006	16.358	4.796	29,32%	3.556	21,74%
2007	15.490	4.419	28,53%	3.133	20,23%
2008	18.175	5.328	29,31%	3.482	19,16%
2009	20.252	6.006	29,66%	3.566	17,61%
2010	22.333	6.494	29,08%	3.841	17,20%
2011	24.180	6.809	28,16%	4.045	16,73%
2012	24.305	6.874	28,28%	4.191	17,24%
2013	25.114	7.150	28,47%	4.353	17,33%
2014	25.939	7.482	28,84%	4.582	17,66%
2016	27.086	8.024	29,62%	4.931	18,20%
2017	25.840	7.650	29,61%	4.576	17,71%

¹⁷⁰ Statistisches Bundesamt für Daten ab 1948; vor 1945: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Statistisches Reichsamt.